

Lauterbachs Lieferengpass

VON ANTJE HÖNING

Die meisten Kinder benötigen nur selten Medikamente. Dass es ein reiches Land wie Deutschland dennoch nicht schafft, die wenigen Antibiotika, Fieber- und Schmerzmittel ausreichend und unkompliziert bereitzustellen, ist ein Skandal. Hier geht es nicht um komplexe Krebs-Medikamente, hier geht es um Standardarznei. Doch das deutsche Gesundheitssystem schafft es nicht, diese Minimalversorgung zu sichern. Die Leidtragenden sind die Familien mit kranken Kindern, die von Apotheke zu Apotheke eilen, um irgendwo eine letzte Packung zu erwischen. Und das schon seit Langem. Schuld an der Misere tragen viele: die Krankenkassen, die bei den rezeptpflichtigen, aber patentfreien Mitteln das einsparen wollen, was sie bei innovativen Pillen nicht nehmen können, und die das System der Rabattverträge überzogen haben. Die Pharma-Hersteller, die sich auf der Jagd nach Rendite einfach aus dem Brot- und Butter-Geschäft zurückziehen und sich bei Vorprodukten womöglich einseitig von China abhängig gemacht haben. Die Gesundheitsminister, die seit Jahren die Warnungen der Ärzte und Apotheker überhören und sie mit Verschreibungsbürokratie quälen.

Nun greift Karl Lauterbach zu einem scharfen Schwert: Er erklärt einen amtlichen Versorgungsmangel bei Antibiotika-Säften. Das passiert nicht oft, ist dem Ernst der Lage aber angemessen. Lösen wird der Bundesgesundheitsminister die Krise damit gleichwohl nicht. Zwar können nun Apotheken leichter Mittel aus dem Ausland importieren – doch was hilft das, wenn diese dort genauso knapp sind? So ist die Feststellung des Versorgungsmangels reiner Aktionismus. Lauterbach muss strukturelle Lösungen liefern und Anreize schaffen, sodass die Herstellung von Kinderarznei wieder lohnt. Nachhaltige Reformen – das ist sein persönlicher Lieferengpass. An dessen Lösung wird er gemessen werden.

Die Grünen in der Zwickmühle

VON HOLGER MÖHLE

Es läuft gerade nicht gut bei den Grünen. Nicht in der Ampelkoalition im Bund. Nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Nicht in Umfragen. Grün ist in diesen Tagen vor allem die Hoffnung, dass es besser wird bei den Grünen. Die Partei ist aktuell eingeklemmt in der Bundesregierung zwischen SPD und FDP, die wunderbar Doppelpass spielen und den Ball an den Grünen vorbeilaufen lassen. Für die SPD sind die Grünen schon lange zur ernsthaften Konkurrenz gewachsen. Bundeskanzler Olaf Scholz achtet deshalb aufmerksam darauf, den Grünen in der Ampel nicht zu viele Erfolge zu lassen.

Dass jetzt auch noch Vizekanzler Robert Habeck im Feuer steht, weil in seinem Ministerium bei der Besetzung von Spitzenposten gemauschelt wurde, passt zum Bild. Filz-Verdacht auch im grün geführten Bundeswirtschaftsministerium. Die Partei, die sonst immer als demokratischer Transparenz-Sheriff auftrat, steht selbst in der Kritik, es mit der Trennung von Partei- und persönlichen Interessen nicht allzu genau zu nehmen. Und dann hat zu allem Überfluss auch noch der grüne Dauerprovokateur Boris Palmer wieder einmal gezündelt und eine Debatte mit seinen Worten rassistisch aufgeladen. Palmer hat die Konsequenzen gezogen, ist bei den Grünen ausgestiegen – und bekommt postwendend das Angebot, bei der AfD mitzumachen. Ausgerechnet.

Die Grünen bieten Angriffsfläche, weil sie die Bundesrepublik ökologischer und dabei für viele Menschen kurzfristig auch teurer machen. Die Grünen erheben mit Blick auf die Wahl 2025 weiter den Anspruch auf die Macht im Lande. Bis dahin muss sich die Partei so aufstellen, dass sie anders wahrgenommen wird, als Interessenvertreter einer ökologischen Elite zu sein. Vielleicht wächst die Erkenntnis: Regieren ist in der Mühsal der Ebene vor allem harte Arbeit, auch wenn man die Welt besser machen will.



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Nach den sensationellen Erfolgen des Sprachverarbeitungsprogramms Chat GPT ist die Öffentlichkeit aufgewacht. Teile der Fachwelt fordern sogar ein Moratorium der Forschungen. Doch das ist gar nicht nötig.

Die KI ist nicht zu stoppen

VON MARTIN KESSLER
UND ANNA KIRSTEN

Der 30. November 2022 könnte in die Geschichte der Menschheit eingehen. An diesem Tag machte das bislang unbekannteste Unternehmen Open AI aus San Francisco eine Technik allgemein zugänglich, die inzwischen als eine der wichtigsten technologischen Neuerungen aller Zeiten gilt. Es geht um das Sprachverarbeitungssystem Chat GPT. Der Chatbot, der die Chat-Funktion des Systems sicherstellt, ist eine künstliche Figur, die in der Lage ist, menschenähnliche Konversation mit Nutzern zu führen. GPT steht für „Generative Pre-trained Transformer“. Etwas frei übersetzt handelt es sich also um einen gut trainierten Umwandler von gespeicherten Texten. Das heißt: Aus bekannten Datensätzen sollen neue Inhalte entstehen. Das Ganze ist Teil der rasanten Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI).

Das klingt alles sehr technisch. Wer aber die Software Chat GPT-3 (kostenlos) oder Chat GPT-4 (geringer Abo-Preis) aufruft und ihr menschliche Fragen stellt, etwa der Art, ob es ein Pflichtjahr für alle geben soll, der erhält – wie von Geisterhand geschrieben – innerhalb von Sekunden einen Text, der in sich schlüssig und leicht verständlich ist und das Wichtigste zum angegebenen Thema enthält. Es ist faszinierend, dem Programm bei der Arbeit zuzusehen. Denn anders als bei Suchmaschinen oder anderen Computerprogrammen muss man die Informationen nicht selbst ordnen oder verarbeiten, sondern erhält ein fertiges Menü. Je nach Wahl auch ein Kuchenrezept, ein Sonett im Stil von William Shakespeare oder die Beschreibung eines Protein-Moleküls. Sogar Computer-Programme kann das Tool selbstständig schreiben.

Klar, dass dieses System um die Welt ging. Schon am 5. Dezember hatten sich eine Million Menschen für den Chatbot registriert, im Januar 2023 waren es schon 100 Millionen, Mitte März schätzt das Portal „Tooltester“ die Zahl der Nutzer auf über 600 Millionen. Inzwischen dürften es noch deutlich mehr sein. Schulen und Universitäten sind alarmiert – denn bei Hausarbeiten, Aufsätzen oder Dissertationen lässt sich nicht mehr feststellen, was Eigenarbeit oder was Plagiat ist. Die Menschheit hat sich erstmals ein System geschaffen, das ihr über den Kopf wachsen könnte. Mit dem Roboterarm Dactyl und dem Bildgenerator Dall-E 2, der ebenfalls von Open AI stammt, stehen auch künstliche Hände und Augen bereit, den Menschen insgesamt mit seiner Intelligenz, seiner Feinmotorik und seiner Sensorik abzubilden.

Die Möglichkeiten sind gewaltig. Nutzen wie Gefahren. Und inzwischen hat selbst die Fachwelt Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen. Ein offener Brief Anfang April ließ aufhorchen. Darin fordern IT-Fachleute, deren Namen sich wie ein Who's who der Branche lesen, ein Moratorium für Forschungen der künstlichen Intelligenz, die leistungsfähiger sind als GPT-4. Dabei sind Apple-Mitgründer Steve Wozniak, Tesla-Chef Elon Musk und Yoshua Bengio, einer der wichtigsten Köpfe der KI. Dabei ist das System gar nicht intelligent – zumindest nicht im menschlichen Sinne. Das Sprachmodell Chat GPT ruft aus einem Reservoir von 300 Milliarden Wörtern und 175 Milliarden Parametern im Internet Daten ab. Es weiß, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, mit der bestimmte Wörter auf andere folgen. Danach bildet es Sätze anhand von Regeln. Die Inhalte versteht es nicht. Rechnen kann es erst recht nicht.

Ist das nun der Start einer neuen Ära des Internets? Oder eher eine Gefahr?

INFO

Führender KI-Entwickler warnt vor seiner Erfindung

Geoffrey Hinton, einer der führenden Entwickler künstlicher Intelligenz, hat seinen Job gekündigt – unter anderem, um vor seiner Technologie zu warnen. Im Interview mit der „New York Times“ machte der 75-Jährige auf „ernste Risiken für die Gesellschaft und für die Menschheit“ aufmerksam, wenn die KI sich weiter so schnell entwickle.

Kontrolle Der in den vergangenen Monaten temporeiche Wettbewerb im Forschungsfeld der KI führe zu kaum kontrollierbaren Folgen der neuen technischen Entwicklungen. So mache ihm etwa die massenhafte Verbreitung von Falschinformationen Sorgen. Die neuesten Programme seien zwar jetzt noch nicht intelligenter als die Menschen, könnten es laut Hinton aber bald sein.

Lebenswerk Hinton hatte in den 80er-Jahren zu sogenannten neuronalen Netzen und „Deep Learning“ geforscht. 2012 entwickelte er eine der ersten selbstlernenden Anwendungen. Das sind jene Programme, in denen er nun eine Gefahr sieht, wenn sie das tun, wofür sie geschaffen wurden: sich selbst weiterzuentwickeln. Bei Google forschte er zuletzt an der Verbesserung von KI-Anwendungen.



Kleines Programm, große Wirkung: Chat GPT auf einem Handy. FOTO: DPA

„Es ist beides“, sagt Hinrich Schütze, Computerlinguist und Ko-Direktor des Centrums für Informations- und Sprachverarbeitung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dabei ist er sich über die Bedeutung der neuen Technologie im Klaren. „Das wird die Welt revolutionieren. Gleichzeitig birgt es aber auch Gefahren, da muss man aktiv werden“, sagt Schütze. Die Forderung der Unternehmer und Wissenschaftler, die Entwicklung der neuen Technologie vorübergehend zu stoppen, unterstützt er daher nicht. „Man kann die Technologie nicht stoppen. Sie ist in der Welt, und wir müssen damit umgehen“, sagt er. Am besten sei es, die Entwicklung bei Unternehmen und Institutionen anzusetzen, die gewisse demokratische und ethische Werte vertreten. „Wenn die Entwicklung gestoppt und so in den Untergrund oder ins Ausland gedrängt wird, ist das sehr gefährlich“, schätzt Schütze die Lage ein.

Was die KI-Modelle in zwei Jahren können, sei derzeit nicht abzusehen. Klar sei aber schon heute: Es sei sicher, sich jetzt an die Spitze der Entwicklung zu setzen und so die Kontrolle über das System zu haben. Vor allem werden viele Jobs, vielleicht sogar Berufsfelder wegfallen. Die Unternehmensberatung McKinsey geht von weltweit 400 Millionen bis 2030 aus. Büroarbeiten könnten automatisiert oder Arztberichte von KI geschrieben werden. Autonomes Fliegen und Fahren wären erleichtert. Pharma-Konzerne könnten DNA-Sequenzen ermitteln und Milliarden an kostspieligen Entwicklungsarbeiten einsparen.

Noch ist es nicht klar, ob eine sich selbst überlassene Entwicklung eher die positiven oder die negativen Seiten der KI zum Durchbruch bringt. Die Europäische Union arbeitet bereits an einem Gesetz zur Regulierung der KI, das Risiken identifiziert. In Deutschland sprechen sich Politiker der Ampelkoalition für eine umfassende Kontrolle aus. Das KI-Zeitalter hat begonnen. Aufhalten kann es niemand – nur nach Kräften zum Guten bewegen.

WISSENSDRANG

Die Vertreter der sogenannten Letzten Generation fordern einen Gesellschaftsrat, der anstelle der politischen Entscheidungsträger Maßnahmen zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Rohstoffe bis 2030 beschließt. Der Gesellschaftsrat soll per Losverfahren ausgewählt werden, wobei die Bevölkerung nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Migrationshintergrund repräsentativ vertreten sein soll. Er soll von Experten beraten werden und in Kleingruppen konkrete Empfehlungen erarbeiten. Die Regierung soll sich öffentlich verpflichten, die Beschlüsse des Rates umzusetzen. Die Anhänger der Letzten Generation scheinen überzeugt zu sein, dass ein Gesellschaftsrat ein gigantisches Problem lösen könnte, für das ihnen

Die Macht der Bürgerräte

Was die Letzte Generation fordert, ist unrealistisch. An der Idee aber ist etwas dran.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

selbst nicht viel mehr eingefallen ist als Tempo 100 auf der Autobahn und ein Neun-Euro-Ticket. Das zeugt nicht von Realitätsinn. Aber es ist etwas dran an der zugrunde liegenden Annahme, dass eine Gruppe, die durch ihre Zusammensetzung befähigt wäre, die Sorgen und Anliegen aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, insgesamt eine vernünftige Politik befördern könnte. Ein Rat, der die verschiedenen Bürgergruppen repräsentiert, könnte ein Gegengewicht zur kaum vermeidbaren Bürgerferne der Berufspolitiker bilden, die oft nur die Sorgen ihrer eigenen sozialen Schicht auf dem Schirm haben. Allerdings kann die Regierung ihre Verantwortung nicht an einen zufällig zusammengesetzten Rat abgeben. Er kann nur beratend tä-

tig werden, wie es die Bürgerräte auf lokaler Ebene bereits tun. Im Mai soll ein solcher Bürgerrat auch auf Bundesebene eingerichtet werden. Dass er keine Entscheidungsbefugnisse hat, heißt nicht, dass er machtlos ist. Mit entsprechender medialer Begleitung kann ein Bürgerrat Druck auf die Politik ausüben und damit auch dem Druck einzelner Parteianhänger etwas entgegenzusetzen. Das hat der irische Bürgerrat 2016 gezeigt, der eine Einigung der zerstrittenen Parteien in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ermöglichte.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.